

Nervt endlich den neoliberalen Gegner

Ekkehard Lieberam

Schon vor dem Jahreswechsel rumorte es hörbar in der Linkspartei. Eine ernsthafte Auswertung der Bundestagswahl 2017 kam nicht zu Stande. Sich zuspitzende persönliche Aversionen befeuerten bestehende politische Differenzen. Solidarisches Miteinander und sachliche Debattenkultur waren vorgestern. Man sprach nicht mehr miteinander, sondern nervte sich. Der Parteivorstand bzw. die beiden Parteivorsitzenden versahen Initiativen zur Profilierung der Bündnispolitik in der Friedensfrage mit dem Etiketten Querfront und Antisemitismus, die Idee einer linken Sammlungsbewegung mit dem Verdikt Spaltung.

Richtungsentscheidung gegen Sahara

Liest man den Entwurf des Leitantrages für den bevorstehenden Leipziger Parteitag, so entsteht der Eindruck, die Situation habe sich beruhigt und es stehe eine radikale Linksprofilierung der Partei an. „Wir kämpfen nicht nur um ein Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei – für alle“, heißt es im Kontext mit der Forderung, „über das Bestehende und den Kapitalismus hinaus zu denken.“¹ Zur Recht wird geschrieben, dass es einen „gesellschaftlichen Aufbruch“ geben muss, wenn es zu einem „wirklichen Richtungswechsel“ kommen soll.

Dann kommt aber auch gleich der Haken: Der Leitantrag wird zur politischen Waffe der Parteivorsitzenden gegen die Fraktionsführung im Bundestag. Die in der Partei umstrittene Position des Erfurter Programms vom Dezember 2011 über offene Grenzen für alle,² wird leicht modifiziert wiederholt und bekräftigt: „... brauchen wir sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen Statt Abschiebung wollen wir Bleiberechte für Menschen“³.

Gestützt auf eine Allianz von Bewegungsorientierten, Reformlinken, aber auch Antikapitalisten im Bundesvorstand wird so denjenigen das Etikett der Programmfeindlichkeit angeheftet, die diese Position für falsch bzw. unrealistisch halten. Das sind nicht zuletzt Sahara Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Es droht eine Richtungsentscheidung, vollzogen in einer Atmosphäre der Unduldsamkeit gegen eine angeblich nationalsoziale Abweichung. Die Folge wäre: Die immer noch erfreulich scharfe Opposition der Linkspartei im Bundestag wäre gefährdet, die Existenzweise der Partei würde den Standards der neoliberalen Parteien noch ähnlicher. Die jüngste Sentenz von Katja Kipping, „mehr Bodo Ramelow wagen“⁴, lässt Schlimmes ahnen.

Initiatorin und treibende Kraft dieser Entwicklung ist eben Katja Kipping. Seit Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017 hadert sie damit, nicht förmlich als Spitzenkandidatin aufgestellt worden zu sein. Sie unterstellte Sahara Wagenknecht und Oskar Lafontaine mehrfach, die Partei spalten zu wollen. Nach der Bundestagswahl verlangte sie zusammen mit Bernd Riexinger Stimmrecht im Fraktionsvorstand und ein privilegiertes Rederecht in Bundestagsdebatten. Sie ist für vieles politisch fragwürdig: das Einbringen eines Einwanderungsgesetzentwurfs im Bundestag, die „Revolution“ in Syrien, die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, eine scharfe Gangart gegen Russland in der Friedensfrage.

¹ DIE LINKE – Partei in Bewegung, Beschluss des Parteivorstandes vom 7. April 2018, Beschluss 2018/033, S. 3.

² „Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen“, Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt, Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages (im Dezember in einer Mitgliederbefragung angenommen), S. 36.

³ Ebenda, S. 5.

⁴ Katja Kipping, Interview, „Eine weitere linke Partei spaltet das fortschrittliche Lager“, Leipziger Volkszeitung, 14. 4. 2018.

Sie will offenbar die Partei, ohne dass deren Mitglieder sich dessen bewusst werden, auf einen von ihr favorisierten Kurs festlegen, der hochproblematisch ist, den ein großer Teil der Partei eigentlich ablehnt, der die Partei in die gesellschaftliche und politische Isolierung führen würde.

Krise der Führung und der Glaubwürdigkeit

Ein *erstes Problem* der LINKEN ist so eine Krise ihrer Führung. Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteivorsitzenden und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gehen mit einer Festigung des jeweiligen Einflusses und mit der Herausbildung von zwei Führungszentren samt eigenen Gefolgschaften einher. Einerseits gibt es die Parteiführung mit den Vorsitzenden, dem Geschäftsführenden Bundesvorstand und dem Bundesvorstand und andererseits die Fraktionsführung mit dem Fraktionsvorstand und den Verantwortlichen für die verschiedenen Politikbereiche in der Fraktion.

Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger können sich auf etwa auf 70 Prozent der Mitglieder des Parteivorstandes stützen. Die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch haben etwa 60 Prozent der Bundestagsabgeordneten hinter sich. Parteiführung und Fraktionsführung konkurrieren um die politische Führung in der Partei. An Stelle einer sachlichen Debatte um Meinungsverschiedenheiten treten Schlagabtausch und Grabenkämpfe. Die beiden Parteivorsitzenden beschwören das Prinzip der Führung der Fraktion durch die Partei. Wahrheit ist jedoch bekanntlich immer konkret. Führungsschwäche ist kein Argument für einen Führungsanspruch.

Das *zweite Problem* der LINKEN ist eine latente Vertrauenskrise der Partei in Ostdeutschland und unter den Lohnabhängigen. Diese geht mit der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit beider Führungszentren einher (wobei die Verantwortung bei der Parteiführung liegt), das Ausmaß dieser Krise und deren Ursachen offen zu legen, ein tragfähiges Konzept linker Politik zu entwickeln und notwendige Kurskorrekturen zur Diskussion zu stellen.

Eine solide, kritische Auswertung der Ergebnisse der Bundestagswahlen vom 24. September 2017 hat bis heute nicht stattgefunden. Im Brief von Katja Kipping und Bernd Riexinger vom 11. Dezember 2017 an die Mitglieder wird das Bundestagswahlergebnis undifferenziert als „großer Erfolg“ bewertet. Auf zwei Trends trifft das nun gar nicht zu. Die Linkspartei schwächelt in Ostdeutschland. Und sie verliert bei den Arbeitern und besonders bei den Prekarisierten.

In den ostdeutschen Ländern ist eine geradezu dramatische Situation entstanden, die von der Parteiführung nicht zur Kenntnis genommen wird. Im Westen hat die LINKE 800.00 Stimmen gewonnen; im Osten hat sie 270.00 verloren. Mit 17,8 Prozent hat sie im Osten nur 0,9 Prozent mehr erhalten als die PDS bei den Wahlen 2002, als diese einst mit 4,0 Prozent der Zweistimmen die Bundestagswahlen verweigerte (in Sachsen sogar nur 16,1 gegenüber 16,2 Prozent 2002). Ihre Stellung als erste Adresse des politischen Protestes gab die Linkspartei an die AfD ab.

Dramatisch gingen im gesamten Bundesgebiet die Stimmen der Prekarisierten für die Linkspartei zurück. Wählten 2013 noch 23 Prozent der Arbeitslosen die LINKE, so waren es 2017 elf Prozent.⁵ Nach einer Studie der gewerkschaftlichen Hans Böckler Stiftung verlor sie beim „abgehängten Prekariat“ gegenüber der Bundestagswahl 2006 13 Prozent (ihr Anteil ging von 22 Prozent auf neun Prozent zurück) und bei der „desillusionierten Arbeitnehmermitte“ zwei Prozent (Rückgang von 15 auf 13 Prozent). Mit einem Anstieg von 19 auf 31 Prozent konnte sie nach der gleichen Studie

⁵ Vgl. Horst Kahrs, Die Wahl zu, 19. Deutschen Bundestag vom 24. September 2017, Rosa Luxemburg Stiftung, Wahlbericht und erste Analyse, S. 11.

dagegen bei der „kritischen Bildungselite“ deutlich zulegen,⁶ also in jenem Milieu, in dem im besonderen Maße die Position der „offenen Grenzen“ unterstützt wird.

Genauere Aussagen für die ostdeutschen Länder sind nicht möglich, weil entsprechende Daten über das Wahlverhalten des Milieus der Prekären und Abgehängten nicht vorliegen (eben so wenig wie über das der „DDR-nostalgische Milieu“). Soweit bekannt, gibt es keine von der Linkspartei in Auftrag gegebenen genaueren Untersuchungen zum Wählerverhalten dieser und weiterer sozialer und politischer Milieus, die im besonderen Maße potentieller Adressat bzw. machtpolitische Grundlage linker Politik sind.

Gefangen in einer politischen Scheinwelt

Bemühungen um Gestaltung von Staatspolitik im Interesse der einfachen Menschen scheitern in unserer Zeit regelmäßig. Ein Rückblick auf die Jahrzehnte seit der Halbierung der Durchschnittsprofiraten in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts lässt keine Hoffnung aufkommen, „aufrechten linken Politikern“ könne das doch noch irgendwie gelingen.

Einen Richtungswechsel gegen die neoliberale Kapitaloffensive gab es in keinem entwickelten kapitalistischen Land, auch nicht bei der „linken Parlamentsmehrheit“ in Griechenland. Völlig erfolglos waren alle Bemühungen, den Weg für eine sozialistische Alternative zu öffnen. Die Erkenntnis drängt sich auf: Die Klassenmachtverhältnisse lassen das nicht zu.

Die Linke kann im Schulterschluss mit gesellschaftlichen Bewegungen derzeit einzelne soziale und politische Erfolge erzielen (indem sie die Regierenden unter Druck setzt). Sie kann auch im kommunalen Bereich punktuelle Verbesserungen erzwingen. Bei all dem ist sie ständig in Gefahr, vereinnahmt zu werden. Um die Voraussetzungen für einen Stopp des Neoliberalismus und einen Richtungswechsel zu schaffen, müsste sie zunächst erst einmal alle politischen Anstrengungen darauf konzentrieren, eine ganz anderen Qualität gewerkschaftlicher, politischer und geistig-kultureller Gegenmacht der Lohnarbeiterklasse zu schaffen. Das tut sie nur sehr unzulänglich.

Sie betreibt Politik, als ob die in den Leitbildern der bürgerlichen Propaganda beschriebene politische Scheinwelt Realität wäre. Diese Welt wird täglich aufs Neue den Menschen so erklärt: Wahlen und parlamentarische Mehrheiten entscheiden über „Macht auf Zeit“. Politik wird bestimmt durch die „Schnittmengen“ zwischen den Partei- und Wahlprogrammen. Der Bundestag ist die Zentralachse des politischen Lebens. Im Falle „linker Mehrheiten“ werden Regierungen zu Institutionen politischer Gestaltung im Sinne linker Politik.

Die meisten Politiker der Linkspartei verzichten auf geeignete Begriffe, um in Abgrenzung von diesem Propagandabild die politische Wirklichkeit so darzustellen, wie sie ist. Sie widersprechen selten dem politischen Gegner. Der lehnt eine klassenorientierte Betrachtung von Politik und Staat ab. Eine herrschende Klasse gibt es nach ihm nicht. Über Kapitalherrschaft als ein gut funktionierendes System politischer Institutionen, die durch Banken, Konzerne und mit ihnen liierte Politiker kontrolliert werden, redet man nicht. Kein Thema ist so auch, dass „Gestaltung in Regierungsverantwortung“ nun einmal mit der Mitgliedschaft in dem „Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet“⁷, einher geht und diese Klasse dafür politisches Wohlverhalten erwartet.

Wenn man dann bei den eigenen Wählern als „Linke“ an Glaubwürdigkeit verliert, ist die Verwunderung groß. Da man entweder nicht mehr in der Lage oder nicht willens ist, Fehlverhalten zu

⁶ Rita Müller-Hilmer, Jeremie Gagne', Was verbindet, was trennt die Deutschen, Hans Böckler Stiftung, Forschungsförderungsreport, Nr. 2. Februar 2018, Abbildung 10.

⁷ Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Band 4, Berlin 1977, S. 464.

bewerten und zu ändern, kommt man politisch ins Schleudern. Rechtfertigen kann man das eigene Versagen nicht, ohne sich lächerlich zu machen oder die Klassenmachtverhältnisse zu thematisieren, was nur Einzelne tun. So eiert man als Linkspartei politisch rum.

Seele verloren, Welt nicht gewonnen

Ausgesprochen mager fällt im Entwurf des Leitantrages des Leipziger Parteitages so auch die Bilanz der Arbeit der Linkspartei in den drei Landesregierungen von Brandenburg, Thüringen und Berlin aus. Sie beschränkt sich auf zwei Sätze: „Wir tragen unsere Forderungen auf die Straße, in die Betriebe, in die Wahlkämpfe und in die Regierungen. Mit einer LINKEN in der Landesregierung Berlin werden zum Beispiel einkommensarme Kinder und Jugendliche freie Fahrt in Bus und Bahn haben.“

Wieso nur dieses eine Beispiel, das überdies noch nicht realisiert ist? Warum wieder keine Bilanz von Erfolgen und Misserfolgen der Regierungsbeteiligungen in den drei Ländern insgesamt? Über die könnte der Parteitag dann ja diskutieren. Offensichtlich erscheint das zu riskant. Ob ich linke Forderungen im Sinne der Lohnabhängigen in die Wahlkämpfe oder in die Regierungen „trage“, unterscheidet sich etwa in dem Maße voneinander, ob ich meine Ziele verkünde oder verwirkliche. Dem Ersten sind fast keine Grenzen gesetzt, dem Zweiten unter Bedingungen, da das Kapital fest im Sattel sitzt, sehr enge Grenzen.

Die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in den drei Ländern geht unweigerlich mit dem Rückbau ihres Oppositionsprofils einher. Die Partei wird zur Staatspartei und akzeptiert Schritt um Schritt die Eckpunkte bundesdeutscher Staatsräson. Über den in den Wahlkämpfen regelmäßig angekündigten politischen Richtungswechsel wird nicht mehr gesprochen. In der Bevölkerung festigt sich die Meinung, auch die Linkspartei sei nunmehr angekommen, gebe sich in Wahlkämpfen noch links, mache dann aber Regierungspolitik wie alle, gehöre somit zu den etablierten Parteien.

Eine Bilanz der Regierungsarbeit am Beispiel Thüringens geht genau in diese Richtung. Sie ist niederschmetternd.

In allen Eckpunkten bundesdeutscher Staatsräson folgt die seit Dezember 2014 bestehende Landesregierung unter Bodo Ramelow den Erwartungen der Herrschenden. Sie bekennt sich in der Koalitionsvereinbarung zur Sozialpartnerschaft und zum freien Unternehmertum. Sie stellt sich hinter die Pläne, schrittweise 8.000 Angehörige des Öffentlichen Dienstes zu entlassen. Der unter ihr in Thüringen 2015 erstellte Bericht des dortigen „Amtes für Verfassungsschutz“ diffamiert die DKP, die Kommunistische Plattform und weitere linke Organisationen als „Gefahr“ für die freiheitliche demokratische Grundordnung, also als verfassungsfeindlich. Im Bericht 2016 fehlt dann die Kommunistische Plattform. Der Verfassungsschutz wird nicht abgeschafft. Seine Personalstärke wird beibehalten. Die Thüringer Landesregierung stellt sich an die Spitze der Kampagnen zur Kriminalisierung der DDR, indem sie die DDR als „Unrechtsstaat“ diffamiert und dem Thüringer Landtag jährlich einen Bericht zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vorlegt.⁸

Dem stehen wenige politische Erfolge gegenüber. Seit Dezember 2015 ist Thüringen das 10. Bundesland, in dem bei Kommunalwahlen ein Wahlalter ab 16 gilt. Ein neues Kita-Gesetz regelt ab 1. Januar 2018, dass das letzte Kindergartenjahr vor der Schule beitragsfrei ist. Bereits nach zweieinhalb Jahren hatte Thüringen Mitte 2017 unter Bodo Ramelow mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt als die CDU-geführte Landesregierung in den acht Jahren zuvor.

⁸ Vgl. zur jüngsten Entwicklung: Ludwig Elm, Antikommunistische Formierung, junge Welt vom 26. 4. 2018.

Erfolge im Sinne eines politischen Richtungswechsels sind das erkennbar nicht. Bei Matthäus (bei Markus und Lukas ähnlich) ist nachzulesen: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele.“⁹ In Thüringen hat die Linkspartei deutlich Schaden an ihrer „linken Seele“ genommen. Eine Welt hat sie nicht gewonnen. Bodo Ramelow, ein Politiker mit einem gewissen Charisma, wird von einem Drittel der Thüringer nach wie vor geschätzt. Bei den Landtagswahlen 2014 erhielt die Linkspartei in Thüringen 28,2 Prozent der Stimmen, bei den letzten zwei Meinungsfragen (Oktober 2017 und Februar 2018 jeweils von INSA) 20 bzw. 24 Prozent.

Bedenklich ist, dass die Linkspartei in den letzten Jahren mit den Bekenntnissen vieler ihrer Politiker zu „r2g“ auf Bundesebene zunehmend die Rolle einer Regierungspartei im Wartestand übernommen hat. Die Positionen der beiden Führungsgruppen in der LINKEN unterscheiden sich dabei durchaus, aber letztlich doch nur graduell. Bernd Riexinger sprach am 20. Juni 2016 von den bevorstehenden Bundestagswahlen als „Lagerwahlkampf“ gegen die „Bürgerlich-Konservativen“. Katja Kipping befürwortet seit etwa der gleichen Zeit eine *offensive* Orientierung auf „r2g“ im Bund. Offenbar vor allem, weil Mathias Höhn diese Konzeption im Herbst 2016 in einem Strategiepapierentwurf des Bundesvorstandes für die Bundestagswahl 2017 nicht durchsetzen konnte, gingen beide auf Distanz zu Höhn. Dieser erklärte am 10. November 2017 seinen Rücktritt.

Sahra Wagenknecht (Dietmar Bartsch gehört zu den Befürwortern von r2g auf Bundesebene) mahnt zumindest eine kritisch-distanzierte Position zur Regierungsbeteiligung im Bund an: „... was wir nicht wollen und nicht machen werden ist, die Vielfalt von Koalitionsoptionen um eine weitere Variante zu bereichern, die sich dann Rot-Rot-Grün nennt, aber im Kern das Gleiche macht wie alle vorher. ... Dann ist gute Opposition immer noch besser als schlechte Regierungspolitik“¹⁰. Auf einer Veranstaltung am 22. Februar 2018 im Leipziger Felsenkeller mit etwa 1300 Teilnehmern erwiderte sie auf die Frage, ob die Linkspartei bei entsprechenden Mehrheiten sich an der Regierung beteilige, kurz und bündig: „Wenn wir 51 Prozent haben, ganz sicherlich.“ Paul Mertens, Vorsitzender der belgischen Partei von der Arbeit, der bei den Parlamentswahlen 2019 in Belgien gute Chancen eingeräumt werden, antwortete auf die gleiche Frage schlüssiger: „Es ist absurd über Regierungsbeteiligung zu sprechen, ohne eine Gegenmacht aufzubauen.“¹¹

Welt ohne Grenzen gibt es nicht

Bei der derzeit bedeutsamsten inhaltliche Differenz zwischen den beiden Führungsgruppen der Linkspartei um Bleiberecht und offene Grenzen geht es im Kern um die heutige Bedeutung des Nationalstaates in den politischen Auseinandersetzungen für die Lohnarbeiterklasse, letztlich darum, ob es in der Linkspartei in diesem Zusammenhang legitim ist, die Nation als beachtenswerte politische Größe anzusehen.

Die Linke hat unbedingt die Pflicht, das Asylrecht von Menschen in Not zu verteidigen, die finanziellen Mittel dafür von den Reichen einzufordern, eine Abwälzung der Kosten auf die Lohnabhängigen zu verhindern, die wirklichen Ursachen der Flüchtlingsströme zu bekämpfen und Abschiebungen in Krisengebiete zu verhindern. Zur internationalen Solidarität muss für sie der Kampf gegen die imperialistische Politik des Regime Change und der ungleichen Handelsverträge, gegen die Zerstörung der Umwelt in den Entwicklungsländern und gegen Bestrebungen, das wissenschaftliche Potential junger Entwicklungsländer abzuschöpfen, gehören. Das alles macht Sahra Wagenknecht unbeirrt und konsequent.

⁹ Matthäus, Kapitel 16, Vers 26.

¹⁰ Rede von Sahra Wagenknecht auf dem Parteitag der LINKEN in Hannover am 11.6. 2017. <https://www.sahra-wagenknecht.de/...2510.rede-von-sahra-wagenknecht-auf-den-parteitag-in-hannover-am11.-06.-2017.html>

¹¹ Zitiert nach Olaf Matthes, Viele Fragen, eine Antwort, UZ vom 20. 4. 2018.

Katja Kipping zusammen mit Gregor Gysi und anderen (auch mit Vertretern der Antikapitalistischen Linken) rücken dagegen in ihrer Politik zur Flüchtlingsfrage das Konzept der offenen Grenzen und eines Bleiberechts für alle ganz nach vorn. Alle Flüchtlinge sollen in die Bundesrepublik kommen können. Das sei ein Menschenrecht. Ein Einwanderungsgesetz soll ihnen nach einem Jahr Aufenthalt die Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Diese Position hat zahlreiche Unterstützer, besonders im Milieu der „kritischen Bildungselite“, zu denen auch engagierte Flüchtlingshelfer und linksautonome Gruppierungen gehören. Aus diesem Milieu sind 2017 mehr Stimmen für die Linkspartei gekommen als bei vorangegangenen Wahlen (s. o.). Für diese Position gibt es mittlerweile auch einen größeren Unterstützerkreis in der Linkspartei selbst, vor allem unter Jugendlichen und mittleren Funktionsträgern.

Praktisch-politisch handelt es sich um eine wirklichkeitsferne Position, die für viele Menschen unverständlich ist. Klassenkampf ist auch heute, wie zur Zeit des Kommunistischen Manifestes, „der Form nach“¹² ein nationaler Kampf. Die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen verschärft objektiv soziale Probleme und natürlich auch die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander. Auch ein sozialistisches Deutschland könnte nicht 65 Millionen Flüchtlinge aufnehmen.

Das Konzept der offenen Grenzen bedeutet überdies Verzicht auf bzw. Abschwächung der zentralen linken Forderung: Sturz der neoliberalen Weltordnung, die die Flüchtlingsströme hervorbringt.

Eine grenzenlose Welt gibt es nicht. Ob wir sie nun als realen Zustand bezeichnen oder als politisches Ziel in überschaubarer Zeit anstreben wollen – Beides ist absurd, weil unmöglich. Wenn die Linkspartei so tut, als ob Nationalstaat und Grenzen belanglos seien, bringt das ihr im begrenzten Umfang Stimmen, aber um den Preis weiterer Stimmenverluste bei den Prekarisierten und einer Verlagerung der politischen Achse der Partei weg von den Interessen der Lohnarbeiter.

bGE als angeblich linker Königsweg

Eine weitere Kontroverse in der Linkspartei dreht sich um das bedingungsloses Grundeinkommen (bGE) für alle. Katja Kipping ist sehr dafür, in Höhe von 1080 Euro für Personen mit Vollendung des 16. Lebensjahres und 540 Euro für Kinder und Jugendliche, ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung. Mit ihr als Co-Vorsitzenden haben die Befürworter dieses Konzepts ihren Einfluss in der Partei sukzessive ausbauen können.

Im Erfurter Programm ist davon die Rede, dass „Teile der LINKEN“ dieses Konzept befürworten und es in der Partei „kontrovers“ diskutiert wird. Im Bundestagswahlprogramm 2017 wird für den 19. Bundestag die Einsetzung einer Enquetekommission zu diesem Thema gefordert. Diese soll Vorschläge und Bedingungen für ein bGE prüfen. Teile der Linkspartei verlangen überdies eine Mitgliederabstimmung darüber. Auf dem Leipziger Parteitag wird es voraussichtlich keine Rolle spielen, aber danach sicherlich wieder.

Das Thema bGE ist nach Katja Kipping und anderen Befürwortern weitaus mehr als eine soziale Idee unter Vielen. Es soll zur zentralen sozialpolitischen Losung der Linkspartei werden. Es erhält die Bedeutung eines Königsweges, der aus der kapitalistischen Gesellschaft herausführt. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen werde angeblich die „strategische Frage“ beantwortet, „wie der alte Streit zwischen Reform und Revolution dialektisch aufgelöst werden kann.“¹³ Das bGE wird

¹² A. a. O., S. 473.

¹³ Katja Kipping, Unser Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens, BAG bedingungsloses Grundeinkommen bei der Partei DIE LINKE, Berlin 2016, S. 4.

diesem Anspruch in keiner Weise gerecht. Es stellt die Interessen einer Minderheit von Erwerbslosen und Niedriglöhnern gegen die Gesamtheit der Lohnarbeiter.¹⁴ Es fördert nicht die Herstellung der Klasseneinheit, sondern spaltet.

Zum einen orientiert das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens den politischen Kampf auf ein Ziel, das unrealistisch ist. Es richtet sich gegen grundlegende Interessen des Kapitals, insbesondere gegen die Aufrechterhaltung der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander.

Zum anderen fördert es treibhausmäßig die Illusion, dass das Tor zu einer neuen „solidarischen Gesellschaft“ ohne Klassenkampf und Lösung der Machtfrage mittels einer politischen Kampagne geöffnet werden kann.

Schließlich könnte die herrschende Klasse dieses Projekt in abgewandelter Form partiell übernehmen und dabei den Sozialstaat auf neue Weise demontieren. Seit längerer Zeit schon gibt es Befürworter eines „Bürgergeldes“ aus dem Unternehmerlager, die sich Gedanken darüber machen, ob angesichts der anwachsenden „Unterklasse“ der Überflüssigen, Minijobber und Niedriglöhner nicht ein neues System der sozialen Befriedung und politischen Beschwichtigung sinnvoll wäre. Einen Namen dafür gibt es auch schon: „Tittytainment“ als Kombination von Brot, Spielen und Sex.

Querfrontvorwürfe gegen Friedensaktivisten

Weder im Jahr der Bundestagswahl noch danach ist es der Linkspartei und der Friedensbewegung gelungen, den Kampf gegen die sichtlich anwachsende Kriegsgefahr auf die Straße und in die Öffentlichkeit zu tragen. Es gab gute Initiativen der Bundestagsfraktion gegen die anwachsenden Rüstungsexporte und gegen die NATO-Pläne einer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIP. Besonders wirkungsvoll war die Anfrage der Linksfraktion an den wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, nachdem Angela Merkel am 16. April 2018 den Militärschlag gegen Syrien als „erforderlich und angemessen“ bezeichnet hatte. Den Kriegstreibern in Regierung und Medien blieb regelrecht die Spucke weg, als der wissenschaftliche Dienst klarstellte, dass der Militärschlag gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstoße und „grundsätzlich unzulässig“ war.¹⁵

Zugleich aber entstand in den letzten Monaten der Eindruck, die Parteiführung der LINKEN verhalte sich in der Friedensfrage defensiv, thematisiere weder die sich verschärfende internationale Bedrohungssituation für den Frieden noch suche sie konsequent den Schulterschluss mit der Friedensbewegung im Rahmen der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. Der Parteivorstand hat auf seiner Beratung am 3. Dezember 2017 drei Schwerpunkte seiner weiteren Arbeit beschlossen: Ausbau der Pflegedienste, bezahlbares Wohnen und Kampf gegen Rechts. Der Kampf gegen die anwachsende Kriegsgefahr wurde nicht genannt. Der Leipziger Parteitag wird eine besondere Friedensresolution verabschieden. Zu wünschen ist, dass die Linkspartei klar und deutlich gegen die Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran und die Russische Föderation Stellung nimmt und so ihrem Anspruch als Friedenspartei gerecht wird.

Nicht übersehen werden kann dabei, dass seit längerer Zeit gerade Katja Kipping Positionen vertritt, die verhindern, dass die LINKE eine der Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung entsprechende offensive Friedenspolitik vertritt, die die Dinge beim Namen nennt. Katja Kipping gehörte am 10. Dezember 2012 zusammen mit Andrea Nahles und Claudia Roth zu den Erstunterzeichnern einer Erklärung „Freiheit braucht Unterstützung“ zur Unterstützung der „Revolution“ in Syrien.

¹⁴ Vgl. Arbeiterpolitik vom Dezember 2017, S. 13.

¹⁵ Tagesschau, 20. 4. 2018, Gutachten zu Syrien: Luftangriff „grundsätzlich unzulässig“.
<https://www.tagesschau.de/ausland/syrien.angriff-gutachten-101.html>

Sie hat sich im Unterschied zu anderen nie von dieser Erklärung distanziert. Sie hat mit dafür gesorgt, dass die Position einer Äquidistanz zur USA und zur Russischen Föderation in das Bundestagswahlprogramm Eingang fand und in das Programm keine Aussage zur Rolle des USA-Imperialismus als Hauptkriegsbrandstifter aufgenommen wurde.

Gegen den Widerstand von zwölf Mitgliedern hat der Parteivorstand am 3. Dezember 2017 eine Erklärung zur Unterstützung von Klaus Lederer, Kultursenator in Berlin, angenommen. Dieser hatte die auch von den Politikern der Linkspartei Wolfgang Gehrcke und Diether Dehm unterstützte Verleihung des Kölner Karl-Preises (nach Karl Marx) an den Journalisten Ken Jebsen im Filmtheater Babylon zunächst verhindert. In dieser Erklärung gegen angeblich Querfrontbefürworter werden der unabhängige Journalist Ken Jebsen und Teile der Friedensbewegung als „Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretiker und Antisemiten“ verunglimpft. Oskar Lafontaine hat dazu auf Facebook das Notwendige angemerkt. Es ist unmöglich, dass in der Linkspartei Meinungen „diffamiert, ausgegrenzt und geächtet“ werden, während es „keine Unvereinbarkeit mit Befürwortern neuer Militäreinsätze und neuer Aufrüstung“ gibt.¹⁶

Klassenbildung: materielle Grundlage linker Politik

Linke Politik verliert an Kontur und Klarheit. Die Linkspartei bewegt sich unverkennbar auf einem Kurs der Anpassung. Als Stützpunkt von Gegenwehr und Gegenmacht büßt sie an politischer Kampfkraft ein.

Es geht dabei nicht um Meinungsverschiedenheiten, mit der eine linke Partei nun einmal leben muss und auch nicht schlechthin um falsche Positionen, die man zurückweisen kann. Es geht um bedenkliche politische Auswirkungen der Entwicklung der Linkspartei zu einer etablierten Partei nach der Art eines kapitalistischen Betriebes, wo unten gearbeitet und oben Geld verdient wird.

Wie alle politisch erfolgreichen Parteien erhalten die Linkspartei und ihre Funktionsträger (sowie die ihr nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung) jährlich viel Geld.¹⁷ In ihr hat sich mittlerweile eine mehr als 2.000 Personen umfassende Sozialschicht von Abgeordneten, Mitarbeitern, Stiftungs- und Parteiangestellten herausgebildet, die von der Partei leben. Deren Interessen unterscheiden sich von denen der Lohnabhängigen insgesamt und drängen die Partei dahin, sich noch erfolgreicher in den herrschenden Politikbetrieb hinein zu begeben. Die Instrumente der innerparteilichen Demokratie wie auch zur Linkspartei gehörende aufrechte linke Funktionsträger und Politiker sind offensichtlich zu schwach, diese Entwicklung zu stoppen.

Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht haben seit Ende vergangenen Jahres mit der Idee einer linken Sammlungsbewegung nach den Vorbildern von Jean Luc Melenchon in Frankreich und Jeremy Corbyn viel Zustimmung und auch viel Widerspruch bekommen. In Frankreich und England ist deutlich geworden, dass solche Bewegungen möglich sind, das Rechtspopulismus und politische Apathie nicht den Kampf gegen das kapitalistische Profitsystem und für eine bessere Gesellschaft blockieren können. Diesem Beispiel in Deutschland folgen zu wollen, ist unterstützenswert.

Damit aber zeichnet sich eine Situation ab, die nach einer klaren linken Handlungsorientierung für eine Bewegung des gesellschaftlichen Aufbruchs verlangt. Vielen bisherigen Bewegungen dieser Art ist schließlich nach anfänglichen Erfolgen alsbald die Luft ausgegangen. Andere mündeten in linken

¹⁶ Oskar Lafontaine, Wen hat Ken Jebsen umgebracht?, 6. Dezember 2017.
<https://www.facebook.com/oskar.lafontaine/posts/162982340411960>

¹⁷ Vgl. Ekkehard Lieberam, Zehn Jahre Linkspartei: Gegenmachtstrategie oder Mitregieren, Bulletin, Gerawer Sozialistischer Dialog, Hefte für marxistische Theorie und sozialistische Politik, Ausgabe 52 /Juli2017, S. 23.

Regierungen (wie z. B. in Frankreich unter Francois Mitterand oder in Griechenland unter Alexis Tsipras), die nach kurzer Zeit nach rechts umschwenkten.

Was soll das Ziel eines solchen gesellschaftlichen Aufbruchs sein? Wie kann verhindert werden, dass es den Herrschenden wie bisher wieder gelingt eine solche Bewegung, trotz ihres Charakters als gesellschaftlicher Aufbruch, schnell wieder zu integrieren?

Es überzeugt so auch nicht, wenn als Ziele eines Aufbruchs die Schaffung einer „linken Volkspartei“ und die „Chance einer sozialen Regierung“ genannt werden.¹⁸ Das Experiment einer weiteren linken Sammlungspartei ist wenig verheißungsvoll, wenn man den schlimmen Zustand der Linkspartei nach einem solchen Aufbruch vor Augen hat, der gerade einmal gut 10 Jahre zurückliegt. Und über Erfolgsgeschichten linker Regierungen hin zu wirklich „sozialen Regierungen“ in entwickelten kapitalistischen Ländern ist, wie angemerkt, zumindest seit fünf Jahrzehnten nichts bekannt.

In den ersten Überlegungen zur Erarbeitung des Leitantrages für den Leipziger Parteitag vom 16. Februar 2018 war noch davon die Rede, dass die Linkspartei „in den nächsten Jahren eine moderne verbindende Klassenpolitik machen“ werde.¹⁹ Im dem nunmehr vorliegenden Leitantrag für den Leipziger Parteitag ist diese Aussage nicht mehr zu finden. Im Jahr des 200. Geburtstages von Karl Marx sei daran erinnert, dass mit der Forderung nach Klassenpolitik Karl Marx und Friedrich Engels einst ein ganz anderes Verständnis von linker Politik vertraten, als es heute üblich ist, ein Verständnis, das erneuert werden sollte, um die Zeiten der Erfolglosigkeit linker Politik zu beenden.

Das Verständnis einer politischen Partei war für sie weder identisch mit einem Wahlverein, der von Wahl zu Wahl seine Kräfte verausgabt, noch mit der Vorstellung, in dieser Partei sollten Berufspolitiker stellvertretend für die Lohnarbeiter in deren Interesse Politik machen.

Sie vertraten eine ganz andere Position, deren Missachtung die heutige Misere der Linkspartei verständlich macht. Die politische Partei war aus ihrer Sicht kein Selbstzweck. Als Klassenpartei war sie die Form, mittels der die Klasse sich politisch organisiert, um von einer sozialökonomischen Struktur, als „Klasse gegenüber dem Kapital“ zur „Klasse für sich selbst“ zu kommen.²⁰ Friedrich Engels definierte Klassenpolitik als „die Organisation des Proletariats als selbständige politische Partei.“²¹ Rosa Luxemburg sah die Bedeutung der russischen Revolution von 1905 darin, dass „das Proletariat als Klasse die politische Bühne“ betreten hat.²²

Vergessen zu haben, dass erfolgreiche linke Politik ihre machtpolitische Grundlage in den Interessen und der jeweiligen realen politischen Kraft der Klasse selbst hat, ist das Grundübel der linken Debatte in der Bundesrepublik.

¹⁸ Vgl. Sahra Wagenknecht, „Ich wünsche mir eine linke Volkspartei“, Interview, Der Spiegel vom 13. 1. 2018 und Sahra Wagenknecht, Empörung darf Argumente nicht ersetzen, Interview, ND vom 21. 3. 2018.

¹⁹ Thesen und Leitlinien für den Leitantrag „Partei in Bewegung“ 2018, DIE LINKE – Partei in Bewegung, Vorlagen-Nr.: 2018/i, eingereicht am 16. Februar 2018, S. 6.

²⁰ Vgl. Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW, Band 4, Berlin 1977, S. 181.

²¹ Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW, Berlin 1976, Band 18, S. 268.

²² Rosa Luxemburg, Die Revolution in Russland, in: Rosa Luxemburg, Ausgewählte Rede und Schriften, II. Band, Berlin 1951, S. 214.